

Völkertlicher Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abonnementpreis: Die halbjährliche Ausgabe 20 Bfg. (Postamt 1. — 20.
Ausgabennummer in Nr. 10. — e dieses Blattes, Preisstraße 1. — 20.
bis 10 Uhr vormittags 8 1/2 Uhr. Abgabe und komplette Anzeigen
müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.
Ercheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag
abends 8 Uhr für den folgenden Tag.

Herzefährliche Besangnisse: durch unsere Geschäftsstelle 5,50 Bfg.
von unteren Bogen und Haus gebührt 6,00 Bfg. und durch den
Verleger 20. Einzelnummer 20 Bfg.
Herzefährliche und monatliche Besänge werden außer in der Ge-
schäftsstelle, Preisstraße 10, auch von unteren Bogen und allen
Postämtern angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 20

Dienstag, den 15. Februar 1921.

60. Jahrgang

Gegenrechnung.

Während die Entente nach allen möglichen Seiten sucht, die sie aus außer den verlangten 226 Milliarden Goldmark und der Ausfuhrerträge in Rechnung stellen kann, folgen die deutschen Vorkämpfer auf einer Gegenrechnung einfach unbedachtlich. Sie haben das Recht der Eroberung, auf das sich die Entente stützt, als Recht nicht so ohne weiteres für alle Vorteile aus Staats- und Privatbesitz, die ihr damit zufließen. Auch die Okkupationskosten für das linke Rheingebiet bleiben, wenngleich sie etwas getilgt werden sollen, auch bis zu hoch, es müßten davon doch die Beträge abgezogen werden, die der Entente dadurch erspart bleiben, daß sie diese Kruppen nicht im eigenen Lande zu unterhalten braucht. Vor allem spricht für die Berechnung einer deutschen Gegenrechnung die ungeheure Höhe der geforderten Arbeitsleistung. Hätten wir 1871 nach dem heute von der Entente angewandten Grundsatz unsere Forderungen aufstellen wollen, so würde sich die Summe von 5 Milliarden damals bedeutend, etwa auf das Doppelte, erhöht haben. Frankreich hat sich schon Vorhingen angeeignet, ohne uns irgend welches Guthaben dafür anzuerkennen. Wenn wir nur die großen Verbesserungen in Rechnung setzen, welche die deutsche Verwaltung von 1871 mit die bis dahin recht vernünftigen früheren französischen Provinzen übernommen, die 1919 aufwendend hat, so kommt eine sehr bedeutende Summe heraus. Ob die Franzosen die großen Erz- und Stahlfabriken in der Weise angeordnet hätten, wie es von deutscher Seite gefordert ist, erscheint uns am besten recht zweifelhaft. Es kann nicht zugegeben werden, daß Frankreich nach dem Weggehen der Alliierten einen Anspruch darauf hat, alle diese großen Vorteile sich ausbitten zu machen, ohne eine Gegenleistung dafür an den bisherigen Besitzer Deutschland zu erbringen. Sogar kommt noch die Ausweisung, die Frankreich aus den für die Dauer von 15 Jahren in der Entente zum einen reichen französischen Provinzen hat. Außerdem müßte auch noch die bedeutend erhöhte Ausfuhr in Rechnung gestellt werden, die Frankreich für das ganze unterrheinische Gebiet hat.

Die deutschen Kolonien sind vor allen Dingen, die uns einen unbedingten Anspruch auf eine Vergütung scheitern lassen, obwohl die angestrebte deutsche Zentralisierung. Was die Kolonien betrifft, so haben die Amerikaner ganz sachverständig Engländer wiederholt ausgesprochen, daß die koloniale deutsche Arbeit vorzüglich geleistet hat. Das spätere deutsche Charakters hat unter den heutigen internationalen Handelsverhältnissen allein einen Wert, der die Milliardenwert hat. Auch das Kanarische und das sehr wertvoll geworden, und was der Zufall in Deutsch-Südwestafrika den Engländern in die Hand spielen kann, ist gar nicht abzusehen. Fingant und Kasan, das die Japaner, und Samoa in der Südsee, das die Amerikaner sich geholt haben, sind sehr schätzbare Gebiete. In jedem Falle sind alle unsere Kolonien, die uns viel Gewinn und Wohl gebracht haben, mit Nichts dem Reich nicht besetzt. Die Auslieferung unserer Handelsflotte ist ein solches Verbrechen, daß man danach suchen kann. Wenn Deutschland ausfinden sollte, England Kontrakte zu bereiten, so war es doch wenigstens angebracht, den polnischen Vandalen nicht ganz außer Acht zu lassen und Deutschland den Grundpunkt dieser Forderung zusammen zu lassen. Und ebenso hätte die Entente darauf halten müssen, daß Belgien, Dänemark und Polen, die beträchtlichen deutschen Besitz ererbten, dessen Wert durch eine entsprechende Zahlung an Deutschland abzulösen. Es ist sehr wenig Aussicht, daß der Betrag unserer Gegenrechnung honoriert werden wird, aber wir werden nachdrücklich vor aller Welt damit hinarbeiten müssen, damit diese Forderung, die uns zummindest gestellt werden, die sich mit den Grundgesetzen von Billigkeit und Gerechtigkeit nicht vereinigen lassen. W.

Neue Konflikte in Bayern.

Parlamentarismus der Sozialdemokraten und Unabhängigen.
Kann können sich die Schwierigkeiten zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung, als als eine Folge von ihnen ein erster innerpolitischer Konflikt entstanden ist. Von Anfang an hatten sich die Sozialisten, besonders die Nordbayern, sofort gegen die Forderung der bayerischen Regierung in der Grenzangelegenheit gemacht, aber sie haben den Fall, daß die Regierung auf ihren Standpunkt beharre und es eventuell auf eine Trennung vom Reich zu kommen lassen wollte, mit einer Trennung Nordbayern von München gebrocht. Im Anblich sollte nur am Freitag eine Interpellation der Unabhängigen über die Verhandlungen über die Grenzangelegenheiten erfolgen, in der Grenzangelegenheiten, die der Reichsminister amnest und ein Regierungstreter erklärte nur, daß die Verhandlungen vertraulich waren, also nicht öffentlich besprochen werden sollten. Darauf setzte ein großer Tumult ein, und die Sitzung mußte für eine Stunde unterbrochen werden.

Nach der Unterbrechung erklärten die Abg. Timm (Soz.) und Blumtritt (U. S.), daß das Verhalten des Ministerpräsidenten eine unerhörte, noch nicht dagewesene Provokation des Parlamentes sei, und daß ihre Fraktionen die parlamentarische Arbeit solange einstellen würden, bis der Ministerpräsident seiner Berufspflicht, den Interpellationen Rede und Antwort zu geben, nachgekommen sei. Darauf verließen sämtliche sozialistische Abgeordnete den Saal. Es ist also zu einem regelrechten Parlamentstreik der sozialistischen Parteien gekommen.

Es wurde in der weiteren Debatte von bürgerlicher Seite als feststehend bezeichnet, daß die Sozialdemokraten nicht zu den Fraktionsberatungen hinzugezogen wurden, doch wurde das damit erklärt, daß sich die Beratungen der Regierungsparteien so lange hingezogen hätten, nachdem die Haltung der Regierung festgesetzt war, wäre der Führer der Bayerischen Sozialdemokraten, Bauer, zu Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten eingeladen worden.

Eine Erklärung der Regierung.

Nach der Sitzung fand ein längerer Ministerrat statt, als dessen Erklärung folgende amtliche Erklärung veröffentlicht wurde:

„Der Minister hat die einseitige Auffassung vertreten, daß es nicht nur die Pflicht, sondern auch der Wunsch der Staatsregierung ist, sowohl dem Landtage, wie auch dem gegenwärtigen in die politische Aufklärung über die Lage zu geben. Die Verhandlungen mit den Koalitionsparteien sind gestern Abend zu Ende gegangen. Im Anblich daran wurde der Ministerpräsident Abhaltung mit dem Führer der Reichssozialdemokratie für eine Aussprache über die politische Lage zu nehmen. Die Staatsregierung wird daher die nächste Gelegenheit benützen, in diesem Sinne zu verfahren.“

Diese Erklärung dürfte wesentlich zur Klärung der Sachlage dienen. Sie nimmt den Sozialisten den Grund zur Fortsetzung ihres Parlamentstreiks, der, wenn es sich nicht um ein parlamentarische Widerstand handelt, demnach für die Dauer zu einer unhaltbaren Lage führen müßte.

Lebrigens ist man in manchen Kreisen der Ansicht, daß es den Sozialisten in Bayern in erster Linie auf eine Strafbrotte ankommt. So rufen die Sozialdemokraten und Unabhängigen bereits in öffentlichen und in der Presse das Verbot zur Ergreifung außerparlamentarischer Mittel“ an. Auch die Drohungen dürfen durch das Einlenken der Staatsregierung gegenstandslos geworden sein.

Die Bedrohung der Ostgrenze.

Die starken polnischen Truppenansammlungen an den ostpreussischen Ostgrenzen.
Nach den Vorfällen, die die deutsche Regierung in London, Paris, Rom und Warschau wegen der starken polnischen Truppenansammlungen an der Ostgrenze des Reiches erhoben hatten, ist die Tatsache dieser Truppenansammlungen von polnischer und französischer Seite bekräftigt oder auf Demobilisationsmaßnahmen zurückgeführt worden. Von polnischer Seite wird hierzu mitgeteilt, daß der deutschen Regierung nunmehr eingehende, sorgfältig geprüfte Nachrichten über die Höhe der Truppenstärken im westlichen polnischen Grenzgebiet vorliegen. Danach befinden sich zurzeit, nachdem neuerdings die weitere Abtransporte erfolgt sind, von Truppen der ersten Linie an der deutsch-polnischen Grenze:

An der Ostpreussischen Ostpreussens die 4. Division in Stärke von 14 000 Mann, in Westpreußen die 16. Division und die sogenannte „litauische“ Brigade in Stärke von 20 000 Mann, in Polen die 14., 15. und 17. Division, sowie zwei Motorbrigaden in Stärke von 54 000 Mann, längs der ober-schlesischen Ostgrenze die 6., 21. und Kobhanst-Division in Stärke von rund 42 000 Mann.
Dazu kommen in Reservestellungen die 11. Division im Raum von Lodz und die 22. und 1. Regiments-Division im Raum von Warschau, ebenfalls in Stärke von 42 000 Mann. Diese Truppen stellen also allein schon eine Gesamtstärke von 172 000 Mann dar.

Dazu kommen noch die Truppen der zweiten Linie, die allein an der ober-schlesischen Ostgrenze eine Stärke von 20 000 Mann aufweisen. Das Gesamtangebot der an der deutsch-polnischen Ostgrenze versammelten Truppen beträgt

über 212 200 Mann.

An der litauischen Front befinden sich zurzeit nur 70 000 und an der russischen Front nur 126 000 Mann. Daraus folgt, daß mehr als die Hälfte der gesamten Formationen gegenwärtig nicht an der Ost- und Ostpreussischen Ostgrenze, sondern an der Grenze des mit Polen im Frieden befindlichen Deutschen Reiches steht.

Die geistliche Frontdienstpflicht beträgt zurzeit in Polen nur zwei Jahre; statt dessen werden aber jetzt mindestens fünf Jahre an der Ostgrenze zu erhalten. Weiter sind einige Blieder noch nicht unter den

Wörter: Relende Offiziers-Jahresklassen neu einberufen werden. Eine Auflösung der Truppen der zweiten Linie hat bisher noch nicht stattgefunden. Auch sind nur Kriegsvorbereitbare Pferde und Fahrzeuge verkauft. Kriegsbereitbare dafür neu eingestellt worden. In einer ganzen Reihe von Fällen ist festgestellt worden, daß Regimenter, welche sich zurzeit in den westlichen Grenzgebieten befinden,

auf voller Kriegsbereitschaft.

Selbst werden sich und das ganze ihre Ersatzformationen in voller Stärke weiterzubehalten. Endlich befindet sich ein Teil der in deutsch-polnischen Grenzgebieten stehenden Formationen tatsächlich nicht in feindlichen Formationen. Daraus ergibt sich, daß von einer Demobilisation des polnischen Heeres, die von polnischer und französischer Seite als Grund dieser Truppenansammlung gegeben wird, bisher nicht die Rede sein kann.

Die deutsche Regierung hat sich daher beantragen gesehen, wegen der vorstehend geschilderten Tatsachen erneut bei den eingangs erwähnten Regierungen vorstellig zu werden.

Ausfuhrerträge oder nicht?

Eine „Erklärung“ des Ministers London.

Eine der härtesten und unhaltbarsten Bestimmungen des Pariser Entschädigungsprogramms ist die vorgesehene Lage von 12 Proz. der gesamten deutschen Ausfuhr, die die deutsche Ausfuhr völlig lahmlegen und daher nicht nur Deutschland völlig der Möglichkeit, die von ihm verlangten Zahlungen zu leisten, berauben, sondern auch alle mit Deutschland im Handelsverkehr stehenden Länder merktlich schädigen würde. Besonders dieser letztere Grund war denn auch in den neutralen Ländern und selbst in alliierten Ländern, wie England und Italien, der Anlaß zu einem lauten werdenden Widerspruch gegen die vorgesehene Ausfuhrquote, ganz besonders schon wurde dieser Widerspruch aber in Amerika, das in der Ausfuhrquote einen unbedingten Eingriff in seine Handelsfreiheit mit Deutschland sah.

Dieser energische Widerspruch hat denn auch bereits zu einem gewissen Einlenken zunächst der italienischen Regierung Anlaß gegeben, und jetzt hat auch die französische Weidernsminister Loucheur eine amerikanischen Vertreter in einer offiziellen Unterredung „erläuternde“ Erklärungen abgegeben, die immerhin Aufsehen erregen dürften. Er sprach hierbei von angeblichen „Mißverständnissen“. Er behauptet nämlich öffentlich, man habe niemals von einer Ausfuhrquote von 12 Proz. gesprochen. Vielmehr wolle man einen Teil der zu zahlenden Entschädigungssumme von Deutschlands wirtschaftlicher Entlohnung unabhängig machen, und zwar so, daß man hauptsächlich die Gesamtsumme von Deutschlands Ausfuhr feststelle. Als veränderliche Jahresrate würde dann der letzten Rate eine Summe zugeschlagen, die 12 Proz. der gesamten Ausfuhr gleichkomme. Es handle sich also nicht um eine Ausfuhrquote, sondern die Ausfuhr sei nur ein Mittel zur Berechnung der veränderlichen Jahresrate.

Man magt also einen klaren Ausblick vor Amerika. Für Deutschland ist die Lage unverändert. Nach dieser neuen Auslegung würde zwar der Gepörthandel nicht direkt die Abgabe tragen, sondern das ganze Reich. Es handelt sich jetzt für und deutsch um die Festlegung einer veränderlichen Entlohnung. Das Reich erhofft sich in dem Widerspruch zum Verfaller Vertrag, nach dem der Antrag haben, bis zum 1. Mai auf Heller und Pfennig zu erfahren, was wir insgesamt schuldig sind. Von ändern würde diese Lage, veränderliche Summe wirtschaftlich Deutschlands nationalen Kredit völlig zerstören, weil Deutschlands Forderungen auf Menschenleben hinaus völlig unfruchtbar bleiben würden. So oder so, irgendwelche Forderungen auf Grund des Pariser Abkommens sind und bleiben für uns unannehmbar.

Deutsches Reich.

Die obersteinständige Abstammung. Über die Zahl der Abstammungsberechtigten in Ober-Schlesien macht bekannt, Ober-schlesische Grenzsetzung folgende Angaben: Kategorie A (in Ober-schlesien Geborene): 400 000, Kategorie B (nicht in Ober-schlesien Geborene, die aber ihren Wohnsitz hier haben): 55 000, Kategorie C (in Ober-schlesien Geborene, die außerhalb Ober-schlesiens ihren Wohnsitz haben): 100 000. Nach deutschen Schätzungen ist die Zahl der der Kategorie C angehörenden noch bedeutend größer. Aber selbst wenn diese Zahlen stimmen sollten, gefallt eine für Deutschland nur durchsichtige Anzahl voran.

Bei der Abstammungsberechtigten für Ober-schlesien waren bisher eine Reihe von Beamten und Lehrern nebenamtlich in den Verbänden heimattreuer Ober-schlesier tätig. Diese Verbände haben nun gebeten, die Beamten zur letzten Vorbereitung der Abstammung voll zur Verfügung zu stellen. Die Deutschen sind für die Entscheidung worden. Überlegen, Abwegen auf die Entscheidung von Beamten zur Abstammungsberechtigten in weitgehendem Maße und mit Rücksichtnahme auf

Die Schieber in allen Teilen Westpreussens über 100 Waggons Kohlen, von welchem die Hälfte beschlagnahmt werden konnte, zu Landspedition aufzuarbeiten und auf Grund gefälliger Ausschüsse und unter falschen Frachtpreisangaben nach Holland verschifft hatten. Der holländische Hauptbesitzer, der mit den deutschen Schiebern Hand in Hand arbeitete, konnte nicht gefasst werden. Seine Helfer erhielten Gefängnisstrafen von 2 Jahren, 11. Jahr, 1 Jahr usw., ferner im ganzen 646 000 M. Geldstrafe, 118 000 M. vom Gewinn wurden eingezogen.

Frankfurt a. M., 12. Febr. Das Schwurgericht verurteilt gestern den Sattler Grafostoff, den Möbelfabrikanten der Demonstration vom 2. August 1920, bei der die Direktoren der Werke mißhandelt wurden, zu einem Jahr Gefängnis.

Zwei Personen verbrannt. **Stresfeld, 13. Febr.** Nach einem Bauarbeiter-Arbeitsfest legten sich in der Nacht zum Sonntag zwei Arbeiter mit brennender Zigarre in einen leerstehenden Waggon zum Schlaf. Der Waggon geriet in Brand und beide Personen verbrannten.

Esien, 12. Febr. Vor dem Schwurgericht begann der Prozeß gegen 13 des Woides und zwei der Ansetzung zum Woides angelegte Bergleute und Arbeiter, die im März vorigen Jahres als Angehörige der in Esien eingerückten roten Armee Mitglieder der aus Esien vertriebenen und einwohnerweise bestehenden Abteilung des Westens gefaßt haben. Unter den Angeklagten befindet sich ein Betriebsratsmitglied der Firma Krupp, der Arbeiter Bernhard Schäfer, dessen Freilassung durch Kruppangehörige von Esien und Kattinagen für sich durch Kruppangehörige von Esien zu erzwingen versuchte. Kurz nach Eröffnung der Verhandlungen erkrankte der Verteidiger Obach, die Verhandlungen zu verlagern mit der Begründung, daß der Verteidiger nicht hinreichend Zeit zur Verfügung gefunden habe, die sechs Bände starken Aktenansätze zu sichten. Der Antrag wurde abgelehnt. Alsdann beantragte der Verteidiger, sämtliche Richter des Esener Landgerichts sowie die Geschworenen wegen Verhängnis abzuverleuen.

Prämierminister Weizsäcker. Dem Parteipremier Rabber in Münster i. W. durch Frau von Kitzlich mit Vertierung befehlen, sie durch einen Stadtverordnetenbesuch eine außerordentliche Verwendung von 2000 M. aus städtischen Mitteln bewilligt werden. Außerdem wurde beschloffen, daß die Rabber sechs Monate hindurch im Stützungsheim verpflegt werden sollen.

Eine Unruhe erregende Gerichtsverhandlung fand, wie gemeldet wird, vor dem Volksgericht zu Kempen im Altkreis (Meyde, Schwaben) statt. Der frühere Hauptmann Walter Strick aus Berlin, jurist. Honorarrat, auf dem Antrag bei Kempen, habe auf den früheren Weizsäcker einen Antrag, der ihn zur Zahlung der Restsumme von 8000 M. auffordere und eine Auslieferung eines Schulbuches von 1500 M. zu veranlassen, wurde ihm genehmigt. Die Volksgericht nahm Notwehr an, entscheidend die Überführung der Notwehr mit der Restsumme des Angeklagten und sprach ihn frei. Der Staatsanwalt hatte 10 Monate Gefängnis wegen Volkslags beantragt.

In Abänderung meiner Bekanntmachung vom 20. Jan. betr. **Wahlbezirke** auf dem platten Lande des Landkreises Weizsäcker für die Wahlen zum Landtag, Provinzialparlament und Reichstag am 20. Febr. d. J. ist bestimmt: im 41. Wahlbezirk, umfassend die Gemeinden Koffeln und Wernsdorf mit Gutsbezirk, zum stellvertretenden Wahlvorsitzenden den Schöffen Richard Landmann in Koffeln.

Im 27. Wahlbezirk, umfassend die Gemeinde Großbelsdorf, und im 68. Wahlbezirk, umfassend die Gemeinden Oberlata, Unterlata, Mülchen und die Wahlbezirk abgelehrt, sie beginnt um 10 Uhr und endet um 6 Uhr nachmittags. Weizsäcker, den 10. Februar 1921.

Der Landrat.

Teigwarenverteilung im Landkreis Weizsäcker. In der Woche vom 18. bis 19. Februar d. J. werden zu die Angaber der roten Warenbezugsliste Nr. 165 **250 Gramm Teigwaren** zum Preise von 5,50 M. pro Pfund verabreicht.

Der Beginn der Verteilung ist ordentlich bekannt zu machen. Sämtliche Warenbezugsstellen sind den zuständigen Magistralen bzw. Herren Amtsvorstehern einzureichen. Weizsäcker, den 8. Februar 1921.

Der Vorsitzende d. Kreisamtsaussch. Zimmermann, Landrat

Durch Erlass des Herrn Oberpräsidenten in Mönchengladbach vom 13. Januar d. J. sind der Bergarbeiter Fritz Luckmann in der Unterstadt zum Amtsvorsteher und der Bergarbeiter Otto Siedert in Wernsdorf zum Amtsvorsteher-Stellvertreter d. Amtsbereichs Oberlata, sowie der Bergarbeiter Ernst Schlegel in Koffeln zum Amtsvorsteher des Amtsbereichs Koffeln ernannt worden.

Weizsäcker, den 10. Februar 1921.

Der Vorsitzende des Kreisamtsausschusses.

Das Lagerbuch der Stadt Teuchern für die **Immobilien- und Mobilienversicherung** bei der Provinzial-Feuer-Casualität der Provinz Sachsen für das Jahr 1920 fällt mit einer Versicherungssumme von 13 477 690 M. und einem Kapitalbeiträge von 16512,10 M. davon jedoch nach dem Beschlusse der Generaldirektion nur drei Viertel (75%) mit 12 384,08 M. zur Erhebung kommen. Den Versicherungsnehmern wird hiervon mit der Anforderung Kenntnis gegeben, innerhalb eines Monats die Beiträge an unsere Kassenstelle während der Vormittagsstunden für das ganze Jahr im Voraus zu zahlen, doch steht es den Versicherungsnehmern frei, die Zahlung in halbjährigen Beiträgen zu leisten, von denen der erste innerhalb eines Monats nach Ausfertigung, der zweite im Laufe des August zahlbar ist.

Nach dem Reichsteuergesetz vom 3. Juli 1913 unterliegen die Feuerversicherungen sowie die Versicherungssumme den Betrag von 3000 M. übersteigt, einer Reichsteuereinsparnis, die für die fortlaufende Versicherung beweglicher Gegenstände 15 und für die fortlaufende Gebäudeversicherungen 5 Prozent vom Tausend der Versicherungssumme beträgt. Diese Steuerbeiträge für 1920 sind bei der ersten Beitragszahlung mit zu entrichten.

Werke aus aller Welt.

Schweres Eisenbahnunglück auf dem Leipziger Hauptbahnhof. Auf dem Leipziger Hauptbahnhof ereignete sich Freitag ein schweres Eisenbahnunglück. Der aus der Richtung Borsdorf fahrende Personenzug 1 Uhr 20 Minuten im Leipziger Hauptbahnhof eintrafende Personenzug lief mit 26 Minuten Verspätung ein. Wahrscheinlich verlor beim Einfahren in den Bahnhof die Lokomotive, wobei der Zug mit großer Geschwindigkeit gegen den Parallelweg fuhr. Die beiden Lokomotiven wurden aus den Schienen gehoben, und die erste Lokomotive und der dazu gehörige Kohlenwagen wurden stark beschädigt. Schwere Folgen hatte das Unglück für die Reisenden. Ein Wagen dieser Klasse lief vollständig in den vor ihm laufenden Wagen hinein. Die Fahrgäste beider Wagen, unter denen eine große Anzahl Ausländer, sind in der Mehrzahl schwer verletzt worden. Nach den bisherigen Feststellungen sind 2 Personen getötet und 12 Personen schwer verletzt. Verletzte Hilfe war sofort zur Stelle. Die Schwerverletzten wurden sofort in ein Krankenhaus überführt. Die Aufnahmungskontrollen sind in vollem Gange.

150 000 Mark an der holländischen Grenze beschlagnahmt. Von der Grenzbehörde wurden in der Nähe von Anhalt Schieber in einem Personenauto mit Waren und 150 000 Mark Papiergeld angehalten und der Inhalt des Kraftwagens beschlagnahmt. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich hier um den Transport einer großen Geldsumme, die von Frankfurt a. M. aus schon große Geldbeträge nach Holland verbracht hat.

Am 100 000 Mark betrogen wurde ein Zeitlinger namens Max. Dieser hatte von Verwandten aus Amerika einen Brief erhalten, der einen Betrag von 200 000 M. Mark enthalten sollte. Der Brief ist zwar angekommen, doch sollte der Betrag nicht bei der Deutschen Bank hierzulande 100 000 Mark ausbezahlt. Wo der Brief befohlen wurde, ließ sich bisher noch nicht feststellen. Auf Wiederherauszahlung der Summe sind 20 000 Mark Beschlagnahme ausgelegt.

Werber für eine amerikanische Fremdenlegation. Nach einer Meldung der „Deutscher Reichsboten“ sind die Behörden einer großen Geldsumme, die die amtliche Fremdenlegation zu gewinnen. Vorangewiesen werden ehemalige deutsche Soldaten angenommen, die ein Bausold von 250 000 Mark erhalten. Die Antragsformulare sollen in Danzig zusammengestellt werden.

Volksleben und Wirtschaft.

Die Grundschulen und die Weizsäcker. Die Errichtung der Grundschulen durch Abbau der Vorbereitungsschulen der höheren Unterrichtsanstalten (Gymnasialen Bienen usw.) sollte bekanntlich Oberst 1921 geschehen. Da aber die Mittel zur Deckung der Einkommensverluste infolge der geringen Zahl der Weizsäcker fehlen, haben die preussische Regierung und auch andere Staaten die Umweitung ersehen lassen. Die Errichtung der Grundschulen vorläufig bis zum 1. September 1922 zu versetzen. Ob sich bis dahin schon

Nach Ablauf der Frist wird die Verteilung auf Rollen der Sämlinge bewirkt werden.

Teuchern, den 11. Februar 1921.

Der Magistrat. Schillen.

Stadt-Spar-Kasse Teuchern.

Da uns jetzt gütige Vermittler zur Verfügung stehen, sind wir in der Lage, sichere Hypotheken in Höhe der datenmäßigen Bestimmungen auszuwirken.

Anträge werden in unserem Büro entgegengenommen. Gleichzeitig machen wir auf unsere neue Angelegten Schuld- und Grundbesitz aufmerksam.

Teuchern, den 11. Febr. 1921.

Das Inkassobüro der Stadtsparkasse Schillen, Bürgermeister.

Vortragsabend der Liga zum Schutze d. deutschen Kultur

am Donnerstag, den 17. Febr. 8 Uhr abends im „Hotel zum Auen“ in Teuchern.

Vortragender: Herr Willy Bierath-Berlin.

Thema: Das Pariser Todesurteil und seine Wirkung auf die wirtschaftliche und kulturelle Lage Deutschlands.

Eintrittspreis: M. 0,50.

Alle Einträge werden zu diesem Vortrage, der in ausserordentlichem Maße bezeichnend und aufklärend wirken wird, freudig läßt eintragen.

Liga-Ortsgruppe, Teuchern.

Jünglingsfürsorge. Geht zum 1. März ein sauberes, ehrliches

Am Mittwoch, den 16. Febr.

Beratungsfunde für alle Hausarbeiten.

Inspektor Bader, Rittergut Lohau b. Deuben.

in allen Schulhaus nach. Vertretung von Eltern und Lehrern.

Öffentliche Erklärung

Die Aeußerungen von mir, welche den Fleischermeister Frohn in seinem Geschäftes schwer schädigen, nehme ich als unwahr, bereuend zurück.

Teuchern, den 11. Februar 1921.

Frau Auguste Wunsch.

die finanziellen Verhältnisse günstiger gestaltet haben, werden, liegt darin.

Am Tagesgericht machte sich in der letzten Woche nach dem Wiederbruch der Reichswehr die deutsche Landwirtschafts, eine auffällige Knappheit für sofort verlässbare Ware oder für schnelle, selbstbetrieblige Lieferung bemerkbar, die besonders für Brauereien wieder viel begehrt wurde. Von nordamerikanischen Weizenmalz sind in England und bei uns einige Ladungen eingetroffen, die beträchtliche Qualitätsunterschiede erkennen, was das Material mit altem Malz gemischt, der frühere Ware-haltbarer macht. Ein Blick auf die neuen Qualitäten läßt sich somit hieraus noch kaum ziehen. Immerhin mehren sich das Interesse für den Weizenmalz und das Geschäft scheint allmählich in Gang zu kommen. Die Preise liegen sich je nach Qualität auf 9-14 Mark billiger als imberamerikanischen Weizen-Malz.

Deutscher Prämienmarkt vom 12. Februar. Nichtamtliche Notierungen: Weizen Februar 142-143, März 139, Weizenrot 19-20, Weizenrot 19-20, Weizenrot 17 bis 18, Roggen 29-30, Weizen 29-30, Weizen 31-32, Weizen 33-35, Weizen 100-110, Weizen 110-115, Weizen 115-125, Weizen 140-155, Weizen 155-165, Weizen 165-175, Weizen 175-185, Weizen 185-195, Weizen 195-200, Weizen 200-210, Weizen 210-220, Weizen 220-230, Weizen 230-240, Weizen 240-250, Weizen 250-260, Weizen 260-270 für 50 Kilo ab Weizenlieferung.

Berliner Schlachtviehmarkt vom 12. Februar. Auftrieb: 1354 Rinder, 845 Kühe, 2408 Schafe und 3352 Schweine. Preise pro Pfund Lebendgewicht: Rinder 4,50 bis 8,50, Kühe 5-10,50, Schafe 3,50-7,50, Schweine 10-13 Mark.

Freie Einfuhr von Schlachtvieh vom 15. Februar ab. Berlin, 12. Febr. Durch eine Bekanntmachung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft wird mit Wirkung vom 15. Februar ab die Einfuhr von lebendem Schlachtvieh, Lammern, Schaf u. Ziegen, Schweinen, frischem Fleisch, Schweinefleisch, Schafschmelz, Schweinefleisch, nicht oder einfach zubereitet, Schweinefleisch, Taig von Wiedern und Schaf u. Ziegen. Von diesem Zeitpunkt ab bedarf es also einer Einfuhrbewilligung für diese Warenpolizeiliche Waren, jedoch sind die betreffenden sanitären und veterinärpolizeilichen Vorschriften auch in Zukunft zu beachten. Mit Rücksicht auf diese Regelung erwidert sich auch die Bekämpfung der Bundesratskommission über die Einfuhr von Vieh, Fleisch sowie Fleischwaren vom 18. März 1916 und der dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen, die ebenfalls außer Kraft gesetzt werden.

An unsere Insurgenten

Um eine pünktliche Fertigstellung unserer Arbeit zu erreichen, müssen alle Insurgenten bis spätestens morgens 9 Uhr in unserer Geschäftsstelle abgeholt sein. Ob Ihre Insurgenten erbiten tags zuvor.

Verlag d., „Wöchentlich. Anzeiger“

Mittwoch, den 16. Februar 1921 findet im Osthof u. Kröllmann eine

öffentliche Volksversammlung

statt. Tagesordnung:

Die bevorstehenden Wahlen Der Einberufer.

Arbeitsnachweis Teuchern.

Ämtliche Arbeitsstellen für alle offene Stellen. Geschäftsjahr: 8 1/2 bis 1 Uhr.

Gesucht werden:

4 Köche, 3 Knechte, 1 Hausmädchen auf ein Gut noch unwirtschaftl., 1 Zimmermann oder Tischler als Schenkmüller, 1 15-jähriges Hausmädchen, 1 Sattlerlehrling nach ordentlich, 1 Schmiedelehrling, 2 Aufwartungen.

Gleichen suchen:

4 Dienstmädchen nach Teuchern, 8 Aufwartungen, 1 Knecht, 1 Schneiderlehrling, 2 Aufwartungen, 1 Dienstmädchen, 2 Arbeiterinnen.

Wirrhaar

läuft zu den höchsten Preisen Albert Herrmann, Zeuchern.

Seidenpapier

zu haben bei Otto Lieferenz.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeit danken herzlichst Willi Walther u. Frau Anna geb. Dietrich.

Passionsandacht

Mittwoch, den 16. Febr. 21. Teuchern: abends 7 Uhr Dierck. Klugemann.

Umsatzsteuer- und Kassabücher

zu haben bei Otto Lieferenz.

Wähler und Wählerinnen!

Der rechte Stimmzettel für den 20. Febr. sieht so aus

Landtag:
Deutschnationale Volkspartei.

Provinz: **Nationaler Ordnungsbund**
(Deutschnationale Volkspartei,
Deutsche Volkspartei
Landbund.)

Kreis: **Vereinigte bürgerliche Liste.**
(Spitzenkandidat: Landwirt **Reinhold Kluge**, Stolzenhain.)

Jeder Wähler erhält im Wahllokal zwei Umschläge und steckt in jeden einen solchen Wahlzettel. Es muß sich also jeder mit zwei dieser Stimmzettel versehen.

Keine bürgerliche Stimme darf fehlen!

Deutschnationale Volkspartei.

Ein kleiner
Hund
(gelb-weiß) zu jagelaufen, G.
gen Futterlohn abzuholen bei
S. Yannouk, Steinweg 2.

Schaffisch und grüne Heringe
empfehlen
Edw. Garmisch.

Spareinlagen
nimmt bei unbedingter Sicherheit und günstiger Verzinsung entgegen

Annahmestelle der Sparkasse des Landkreises Weissenfels
Die von der Sparkasse des Landkreises Weissenfels ausgefertigten Anteilsscheine zur 6.-8. Kriegsanleihe können jetzt zum Börsenkurs eingelöst werden. Der Anteil zusätzlich der aufgelaufenen Zinsen kann in Bar ausbezahlt oder auf ein Sparbuch gutgeschrieben werden.
Sparkasse des Landkreises Weissenfels
Annahmestelle Leuchtern. Näther.
Geschäftszeit:
8-12 Uhr vormittags und 2-6 Uhr nachmittags.

la gelben Mais
la gelbes Mais - Schrot
hat vorräthig **Rob. Näther.**

Dienstag auf dem Wochenmarkte
grosse grüne Heringe
feinste Fettbücklinge
empfehlen billigst **Becker.**

Saaterbsen
M. 100 per 1/2 Sutter
verkauft **Krug, Kunthal.**

Geschäftshaus
Emil Schieke
zur goldenen Ecke.
Empfehle in großer Auswahl:
Konfirmandenanzüge, Prüfungsanzüge,
sowie das Neueste in
Herren-, Burfchen-, Knaben- und
Kinderanzügen, alle Arbeiter- und Be-
rufskleidung, Kleiderstoffe, Kostüme,
Mäntel, Röcke, Hemden, Schürzen usw.
zu ganz besonders billigen Preisen.

1 tragende
Ziege
und 1 **Bock**
zum Schlachten stehen zum Ver-
kauf bei
Karl Hollenbach, Hund 6 Nr. 1.
Weg nach Weischen Nr. 2. **Kochschlächterei Günzinger.**

Wollsteinbücher
und billiger Lesestoff
Otto Liefrenz.
wieder eingetroffen

Markt 2 **Albin Schieke** Markt 2
Konfirmanden-Anzüge
in grosser Auswahl bei
Albin Schieke Markt 2

Lichtspiele
Weisse Wand
Nur 2 Tage! Nur 2 Tage!
Dienstag, d. 15. u. Mittwoch, d. 16.
Das herrliche Doppelprogramm
Ludwig Trautmann
Halbwelt
I. Teil, betitelt
Frauen
in 5 Akten
Ich mache meine werten Kinobesucher darauf aufmerksam, dass der Film Halbwelt in drei Abteilungen erscheint, die kurz hintereinander folgen.
Dazu
Der Handabdruck
Kriminaldrama in 4 Akten.
Bitte beachten Sie die angehängten Photos.
Mittwoch 3 Uhr Kindervorstellung.

Neue Schott - Seringe
hochfein im Geschmack
Iub eingetroffen bei
Rob. Näther.

Markt 2 **Albin Schieke** Markt 2
Konfirmanden-Anzüge
in grosser Auswahl bei
Albin Schieke Markt 2

Ich habe mich in
Hohenmölsen
als
Rechtsanwalt u. Notar
niedergelassen
Mein Büro befindet sich in
Hotel zum Löwen I. Tr.
Walter Kabilinski,
Rechtsanwalt und Notar.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Vaters sagen wir hierdurch allen unseren innigst tiefgefühltesten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen
Hedwig Krebs
nebst Angehörigen.

An den Folgen einer Operation verschied ganz unerwartet am 11. Febr. meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Anna Schönfeld
geb. Lange
In tiefer Trauer
Leuchtern, den 12. Febr. 1921
G. Schönfeld u. Kinder.
Die Beerdigung findet Dienstag 2^{1/2} Uhr auf dem Gertraudenfriedhof Halle statt.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Neumann, Neudamm.

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend

Abonnementpreis: Die Jahrgangspolizeikarte 50 Hg. Restabgabe 1.— Mk.
Ausgabenannahme in der Redaktion: dieses Blatt, Jägerstraße 10.
Es ist jedoch keine Haftung für unrichtige Angaben
müssen am vorhergehenden Tage in untern Bänder sein.
Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag
abends 8 Uhr für den folgenden Tag.



Stierischbrüder Verlagsgesellschaft: durch unsere Geschäftsstelle 5,50 Mk.
von unserer Seiten ins Haus gebracht 6,00 Mk. und durch den
Verleger Dr. Engel-Rammer 20 Hg.

Stierischbrüder und monatliche Beiträge werden außer in der Geschäftsstelle, Jägerstraße 10, auch von unseren Seiten und allen
Bestandteilen angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr 20

Dienstag, den 15. Februar 1921.

60. Jahrgang

Gegenrechnung.

Während die Entente nach allen öffentlichen Posten sucht, die sie ausser den verlangten 226 Milliarden Goldmark und der Ausfuhrzölle in Rechnung stellen kann, sollen die deutschen Ansprüche auf einer Gegenrechnung einfach unberücksichtigt bleiben. Das Ziel der Eroberung, auf das sich die Entente stützt, gilt doch nicht so ohne weiteres für die Vorteile aus Staats- und Privatbesitz, die ihr damit zufließen. Auch die Okkupationskosten für das linke Rheingebiet bleiben, wenngleich sie etwas getilgt werden sollen, noch viel zu hoch, es müssen davon doch die Beträge abgezogen werden, die der Entente dadurch erspart bleiben, daß sie diese Truppen nicht im eigenen Lande zu unterhalten braucht. Vor allem spricht für die Berechtigung einer deutschen Gegenrechnung die ungeheure Höhe der gesamten Kriegsentwädigung. Sätien wir 1871 nach dem heute von der Gegenseite angegebenen Grundrissen unsere Forderungen aufstellen wollen, so würde sich die Summe von 5 Milliarden damals bedeckend, etwa auf das Doppelte, erhöht haben.

Frankreich hat sich Entschädigungen angeeignet, ohne uns irgend welches Guthaben dafür anzuerkennen. Wenn wir nur die großen Verbesserungen in Rechnung legen, welche die deutsche Bevölkerung von 1871, wo wir die bis dahin recht vernünftigen früheren französischen Privilegien übernahmen, bis 1919 angedehnt hat, so kommt eine sehr bedeutende Summe heraus. Ob die Franzosen die großen Erz- und Kohlenlager in der Weise angeeignet hätten, wie es von deutscher Seite behauptet ist, erscheint zum mindesten recht zweifelhaft. Es kann nicht zugegeben werden, daß Frankreich nach den Grundsätzen der Billigkeit einen Anspruch darauf hat, alle diese großen Vorteile sich aneignen zu machen, ohne eine Gegenleistung dafür an den bisherigen Besitzer Deutschland zu erbringen. Sogar kommt noch die Möglichkeit, die Frankreich aus den für die Dauer von 16 Jahren festgesetzten Sammelzinsen mit seinen eigenen öffentlichen Guthaben hat. Angedenkt müßte auch noch die

Nach der Unterbrechung erklärten die Abg. Eim m (Soz.) und Bismarck (U. S.), daß das Verhalten des Ministerpräsidenten ein unerbittliches, noch nicht dagewesene Provokation des Parlamentes sei, und daß ihre Fraktionen die parlamentarische Arbeit solange einstellen würden, bis der Ministerpräsident seiner Berufspflicht, den Interpellanten Rede und Antwort zu geben, nachgekommen sei. Darauf verließen sämtliche sozialistische Abgeordnete den Landtag. Es ist also zu einem regelrechten Parlamentsstreik der sozialistischen Parteien gekommen.
Es wurde in der weiteren Debatte von bürgerlicher Seite als Fehler bezeichnet, daß die Sozialdemokraten nicht zu den Fraktionsberatungen hinzugezogen wurden, doch wurde das damit erklärt, daß sich die Beratungen der Regierungsparteien zu lange hingezogen hätten. Nachdem die Haltung der Regierung festgestellt war, wäre der Führer der Bayerischen Sozialdemokraten, Bauer, zu Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten eingeladen worden.

Eine Erklärung der Regierung.

Nach der Sitzung fand ein längerer Ministerrat statt, als dessen Erklärung folgende amtliche Erklärung veröffentlicht wurde:

Der Minister hat die einseitige Auffassung vertreten, daß es nicht nur die Billigkeit, sondern auch der Wunsch der Staatsregierung ist, sowohl dem Landtage, wie auch dem ganzen Lande risikolose Ausflüchtungen über die Lage zu geben. Die Vorbereitungen mit den Koalitionsparteien sind gestern abend zu Ende gegangen. Im Anblich wurde durch den Ministerpräsidenten Fühlung mit dem Führer der Mehrheitssozialdemokratie für eine Aussprache über die politische Lage zu nehmen. Die Staatsregierung wird daher die nächste Gelegenheit benützen, in diesem Sinne zu verfahren.

Diese Erklärung dürfte wesentlich zur Klärung der Sachlage dienen. Sie nimmt den Sozialisten den Grund zur Fortsetzung ihres Parlamentsstreiks, der, wenn es sich um ein parlamentarisches Widerrecht handelt, demnach für die Dauer zu einer unbilligen Lage führen müßte.

Uebrigens ist man in manchen Kreisen der Ansicht, daß es den Sozialisten in Bayern in erster Linie auf eine Strafbrotte ankommt. So rufen die Sozialdemokraten und Unabhängigen bereits in öffentlichen und in der Presse „das Parlament zur Greuelung auf“ und „parlamentarische Mittel“ auf. Auch diese Drohungen dürften durch das Einlenken der Staatsregierung gegenstandslos geworden sein.

Die Bedrohung der Ostgrenze.

Die starken polnischen Truppenansammlungen an den deutschen Ostgrenzen.

Nach den Vorfällen, die die deutsche Regierung in London, Paris, Rom und Warschau wegen der starken polnischen Truppenansammlungen an der Ostgrenze des Reiches erhoben hatten, ist die Tatsache dieser Truppenansammlungen von polnischer und französischer Seite bekräftigt worden. Von polnischer Seite wird hierzu mitgeteilt, daß der polnische Truppenstand nunmehr eingehend, sorgfältig geprüfte Nachrichten über die Höhe der Truppenkräfte im westlichen polnischen Grenzgebiet vorliegen. Danach befinden sich zurzeit, nachdem neuerdings noch weitere Abtransporte erfolgt sind, von Truppen der ersten Linie an der deutsch-polnischen Grenze:

An der Ostgrenze Ostpreußens die 4. Division in Stärke von 14 000 Mann, in Westpreußen die 16. Division und die sogenannte „litauische“ Brigade in Stärke von 20 000 Mann, in Polen die 14., 15. und 17. Division, sowie zwei Infanteriebrigaden in Stärke von 54 000 Mann, längs der oberschlesischen Grenze die 8., 21. und Podhajanst-Division in Stärke von rund 42 000 Mann.

Dazu kommen in Reservebestellungen die 11. Division im Räume von Lodz und die 22. und 1. Legionär-Division im Räume von Warschau, ebenfalls in Stärke von 42 000 Mann. Diese Truppen stellen also allein schon eine Gesamtstärke von 172 000 Mann dar.

Dazu kommen noch die Truppen der zweiten Linie, die allein an der oberösterreichischen Grenze eine Stärke von 25 000 Mann aufweisen. Das Gesamtangebot der an der deutsch-polnischen Grenze versammelten Truppen beträgt über 212 000 Mann.

An der litauischen Front befinden sich zurzeit nur 70 000 und an der russischen Front nur 126 000 Mann. Daraus folgt, daß mehr als die Hälfte der gesamten Truppenformationen gegenwärtig nicht an der Nordost- und Ostgrenze Polens, sondern an der Grenze des mit Polen im Frieden befindlichen Deutschen Reiches steht.

Die gesetzliche Frontdienstpflicht beträgt zurzeit in Polen nur zwei Jahre; statt dessen werden aber jetzt mindestens fünf Jahrgänge unter Waffen gehalten, die genügen um die Arme an Kriegszustand zu erhalten. Weiter sind einige dieser noch nicht unter den

Wort: stehende Offiziers-Jahresklassen neu einberufen worden. Eine Auflösung der Truppen der zweiten Linie hat bisher noch nicht stattgefunden. Auch sind nur kriegsbrauchbare Pferde und Fahrzeuge verkauft, kriegsbrauchbare dafür neu eingeleitet worden. In einem großen Maße von Hälften ist beschlagnahmt worden, das Vieh, welche sich zurzeit in den westlichen Grenzgebieten Polens befinden.

auf voller Kriegsbasis

besetzt worden sind und daß sogar ihre Erfahrungsformationen in voller Stärke weiterbestehen. Endlich befindet sich ein Teil der im deutsch-polnischen Grenzgebiet stehenden Formationen tatsächlich nicht in reinen Feindtruppenformationen. Daraus ergibt sich, daß von einer Demobilisation im des polnischen Gebietes, die von polnischer und französischer Seite als Grund dieser Truppenansammlung gegeben wird, bisher nicht die Rede sein kann.

Die deutsche Regierung hat sich daher veranlaßt gesehen, wegen der vorliegend geschilderten Tatsachen erneut bei den eingangs erwähnten Regierungen vorgehend zu werden.

Ausfuhrfrage oder nicht?

Eine „Erklärung“ des Ministers Loucheur.

Eine der hürstlichsten und unbilligsten Bestimmungen des Pariser Entschädigungsprogramms ist die vorgesehene Sage von 12 Proz. der gesamten deutschen Ausfuhr, die die deutsche Ausfuhr völlig lahmlegen und daher nicht nur Deutschland völlig der Willkür, die von ihm verlangten Auflagen zu leisten, berauben, sondern auch alle mit Deutschland im Handelsverkehr stehenden Länder merkbar schädigen würde. Bekanntlich dieser letztere Grund war denn auch in den neutralen Ländern und selbst in alliierten Ländern, wie England und Italien, der Anlaß zu einem lauten werdenden Widerspruch gegen die vorgelegte Ausfuhrfrage, ganz besonders scharf wurde dieser Widerspruch aber in Amerika, das in der Ausfuhrfrage einen unerbittlichen Eingriff in seine Handelsfreiheit mit Deutschland sah.

Dieser energische Widerspruch hat denn auch bereits zu einem gewissen Einlenken zunächst der italienischen Regierung Anlaß gegeben, und jetzt hat auch der französische Wiederanbauminister Loucheur amerikanischen Bevollmächtigten in einer offiziellen Unterredung „erklärende“ Erklärungen abgegeben, die im wesentlichen Aufsehen erregten dürften. Er sprach hierbei von angeblichen „Mißverständnissen“. Er behauptet nämlich plötzlich, man habe niemals von einer Ausfuhrfrage von 12 Proz. gesprochen. Vielmehr wolle man einen Teil der zu zahlenden Entschädigungssumme von Deutschlands wirtschaftlichen Nutzen abhängig machen, und zwar so, daß man halbjährlich die Gesamtsumme von Deutschlands Ausfuhr feststelle. Als veränderliche Jahresrate würde dann der festen Rate eine Summe zugeschlagen, die 12 Proz. der gesamten Ausfuhr gleichkomme. Es handle sich also nicht um eine Ausfuhrfrage, sondern die Ausfuhr sei nur ein Mittel zur Berechnung der veränderlichen Jahresrate.

Man mag also einen klaren Hinweis vor Amerika. Für Deutschland ist die Lage unverändert. Nach dieser neuen Auslegung würde zwar der Exporthandel nicht direkt die Abgabe tragen, sondern das ganze Reich. Es handelt sich jetzt klar und deutlich um die Festsetzung einer veränderlichen Entschädigung. Das steht erheben völlig im Widerspruch zum Vereinfachten Vertrag, nach dem wir Anspruch haben, bis zum 1. Mai auf Heller und Pfennig zu erfahren, was wir insgesamt schuldig sind. Nun ändern wieder diese vage, veränderliche Summe wirtschaftlich Deutschlands nationalen Kredit völlig zu zerstören, weil Deutschlands Forderungen auf Menschenleben hinaus völlig unsicher bleiben würden. So oder so, irgendwelche Forderungen auf Grund des Pariser Abkommens sind und bleiben für uns unannehmbar.

Deutsches Reich.

Die oberösterreichische Abstimmung. Ueber die Zahl der Abstimmungsberechtigten in Oberösterreich macht Korrespondenz „Oberösterreichische Grenzzeitung“ folgende Angaben: Kategorie A (in Oberösterreich Geborene): 300 000, Kategorie B (nicht in Oberösterreich Geborene, die aber ihren Wohnsitz hier haben): 55 000, Kategorie C (in Oberösterreich Geborene, die außerhalb Oberösterreich ihren Wohnsitz haben): 100 000. Nach deutschen Schätzungen ist die Zahl der der Kategorie C angehörigen noch bedeutend größer. Aber selbst wenn diese Zahlen stimmen sollten, gestalten sie eine für Deutschland durchaus günstige Voraussetzung.

Bei der Abstimmungsarbeit für Oberösterreich waren bisher eine Reihe von Beamten und Lehrern nebenamtlich in den Verbänden heimatreuer Oberösterreicher tätig. Diese Verbände haben nun gebeten, die Beamten zur letzten Vorbereitung der Abstimmung voll zur Verfügung zu stellen. Die Dienststellen sind jetzt ebenfalls mobilisiert worden, während der Verbände auf der Festlegung von Beamten zur Abstimmungsarbeit zu verlaßendem Maße und mit Reichswehramts



Parlamentstreik der Sozialdemokraten und Unabhängigen.

Kann haben sich die Schwierigkeiten zwischen der Entente und der Reichsregierung gelöst, als als eine Folge von ihnen ein erster innerpolitischer Konflikt entstanden ist. Von Anfang an hatten die Sozialisten, besonders die Nordbayern, schon gegen die Haltung der Münchener Regierung über die Entwaffnungsfrage gehandelt und sogar für den Fall, daß die Regierung auf ihrem Standpunkt beharre und es eventuell auf eine Trennung von Reichs entgegenkommen lassen wollte, mit einer Trennung Nordbayerns von München gedroht. Im Hinblick sollte nun am Freitag eine Interpellation der Unabhängigen über die Verhandlungen über die Entwaffnungsfrage bebrochen werden. Zu der Besprechung war aber kein Minister amwesend und ein Regierungsbereiter erklärte nur, daß die Verhandlungen vertraulich waren, also nicht öffentlich bebrochen werden sollten. Darauf setzte ein großer Tumult ein, die Sitzung mußte für eine Stunde unterbrochen werden.